

Klaus Harpprecht

Das Gefühl für Europa



Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Soeben erhielt er den Theodor-Wolff-Preis. Bei *S. Fischer* erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*.

Manches Mal, wenn das kreischende Gezeter über die »Eurokraten« dort droben in Brüssel den Phonpegel einer Disko im Westerwald oder einer bajuwarischen Technoband in der Turnhalle von Holzapfelkreuth ums Zweifache übersteigt, dann wünscht man sich – für 48 Stunden, nicht mehr! – den Magier herbei, der nur den schwarzen Stab heben müsste, um alle europäischen Elemente in unserem Alltag zu paralysieren. Grenzen gesperrt. Zollschranken geschlossen. Sämtliche Kommissionen, die Ratsbüros, das Europaparlament erstarrt. Die Computer abgestürzt. Euro außer Kraft gesetzt. Schwitzende Bankangestellte, die in verrosteten Tresoren nach Resten der alten Landeswährung graben. Die nationalen Streitkräfte in höchster Alarmstufe. Die ungarischen, die slowakischen, die rumänischen Armeen zum Abmarsch Richtung Grenze bereit. Erste Parade der Pfeilkreuzler in Budapest. Brandenburger Wehrsportverbände bemalen ihre Stahlhelme mit SS-Runen und setzen zur Eroberung von Kreuzberg und Neukölln an. In Rom zeigt sich Berlusconi in schwarzer Uniform auf dem Balkon des Palazzo Venezia. Überall die Europaflaggen abgerissen und verbrannt. Weisung an die Rundfunkstationen, keinesfalls den letzten, den Chorsatz von Beethovens Neunter aufzulegen. Staus von 200 Kilometern Länge auf den Autobahnen. Das Gerücht kursiert, der Präsident der Europäischen Zentralbank in Frankfurt sei vom Dach gesprungen. Hans-Olaf Henkel, Anti-Euro-Experte sämtlicher Talkshows, gründet die Bürgerbewegung »Deutsches Geld in

deutsche Kassen!« Ausbrüche von klaustrophobischen Massenhysterien vor den Brücken in Kehl und Frankfurt/Oder, an denen über Nacht riesige Mengen von Betonsäcken, Stahlgestellen, Hohlblocksteinen und Stacheldraht aufgetürmt liegen.

Rosskur für Europa-Verächter

Endlich die Entwarnungssirenen. Alptraum beendet. Man darf sicher sein, dass kein Minister, so beschränkt er sein mag, kein Parteiführer, der sich selber ein Sterbenswort glaubt (die Ultrarechten ausgenommen), selbst kein *Bild*-Autor und kein Karlsruher Verfassungsrichter danach so rasch wieder die Renaissance des Nationalstaates herbei zu schwatzen versuchte. Doch es ist zu befürchten, dass die notorischen Europa-Verächter eine solche Rosskur brauchen. Sie sind im Begriff, die bedeutendste Schöpfung der westlichen Welt seit dem

Ende der Selbstzerstörung des Kontinents in Grund und Boden zu polemisieren. Wenn sie nicht aufgehalten werden, scheuen sie vor der aktiven Demontage nicht zurück. Die Dänen sind ein eher gelassenes Volk. Doch wie in so vielen Ländern gewann auch bei unseren nördlichen Nachbarn der Rechtspopulismus beträchtlichen Zulauf. Also schlug die Regierung vor, das Abkommen von Schengen, das die Freizügigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten garantiert – eine der essenziellen Errungenschaften des europäischen Zusammenschlusses – durch systematische Grenzkontrollen partiell außer Kraft zu setzen, angeblich um die wachsende Kriminalität in Schach zu halten, in Wirklichkeit aus Furcht vor einer illegalen Zuwanderung aus den Krisenzonen Nordafrikas, die das italienische Inselchen Lampedusa überschwemmen (sofern sie nicht Opfer eines Schiffsbruchs werden, elend ertrinken oder an Bord ihrer verrotteten Kähne verdursten und verhungern). Italien wird das Problem auf die Dauer nicht allein schultern können. Die Zahl der Flüchtlinge überfordert die Solidaritätspflicht der Unionsstaaten bis jetzt keineswegs. Europa hat dramatischere Probleme gemeistert.

»Die Deutschen sind nach wie vor die großen Profiteure des gemeinsamen Marktes und der gemeinsamen Währung.«

Dennoch ist das Geheul der Boulevard-Presse über die chronische Plünderung der deutschen Kassen durch die Schuldenmeister am Rande der Union groß. Völlig zu Recht stellte der erfahrene und ausgefuchste Premierminister Juncker fest, dass die Deutschen nach wie vor die großen Profiteure des gemeinsamen Marktes und der gemeinsamen Währung sind. Acht Milliarden Euro pro Jahr zahlen die Deutschen an die Union, 80 Milliarden sind, grob geschätzt, der Profit, der ihnen aus den Ländern der Union zufließt – notabene exakt die Summe, die sie Jahr um Jahr dem Sozialstaat Ost willig opfern (und dies auf unabsehbare Zeit).

Minderheitenschutz – zentrale Aufgabe der Union

Dennoch, in den populistischen Phrasen der deutschen Rechten, nicht anders bei der Ultralinken, vor allem aber in den neuen, den osteuropäischen Mitgliedsländern meldet der »klassische Nationalstaat« (was immer das sein mag) seine älteren Rechte gegen die Union von Brüssel an – zum Beispiel durch den ungarischen Außenminister. Schlimmer: Die Leidenschaften des sogenannten »Volkstums« werden wieder hochgepeitscht, von jeher der Auftakt bewaffneter Konflikte und damit die Ouvertüre der europäischen Tragödien des 19. und 20. Jahrhunderts. Es ist wahr, dass Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg gebeutelt wurde wie kaum ein anderer Staat. Der Vertrag von Trianon verurteilte an die 40 % der gebürtigen Ungarn zu einer Existenz in den benachbarten Staaten: in Rumänien vor allem, in der Slowakei, in Serbien, selbst in der Ukraine. Die Grenzen innerhalb der Europäischen Union sind durchlässig geworden, aber sie sind unverrückbar.

Am rechten Flügel der nationalkonservativen »Fidesz«-Partei des Ministerpräsidenten Viktor Orbán, die im Parlament über eine verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit verfügt, aber wurde das explosive Projekt betrieben, sämtliche Magyaren außerhalb der Grenzen mit einem Pass des ungarischen

Staates zu versehen und ihnen überdies das Wahlrecht einzuräumen: ein Sprengsatz für die Beziehungen zur Slowakei und zu Rumänien, der eines frühen oder späten Tages den Südosten Europas ins Chaos stürzen müsste. Nach den Buchstaben des Vertrages von Lissabon hat die Kommission in Brüssel nicht das Recht, nationalkriminelle Bedrohungen des innereuropäischen Friedens mit Sanktionen zu bestrafen. Aber was hätte das Europäische Parlament davon abhalten können, einen geharnischten Protest zu formulieren und eine rasche Änderung des europäischen Rechtes zu fordern. Indes, die Deutschen hielten den Mund, weil die Regierung der Bundesrepublik den sogenannten Volksdeutschen in Schlesien unter der Hand Pässe zukommen ließ.

Die Staatspartei in Budapest verzichtete fürs erste auf die aggressive Aktion, nahm einige Retuschen an der neuen Konstitution vor, doch die Autorität des Verfassungsgerichtes bleibt eingeschränkt und der Oberste Gerichtshof amtiert de facto, was die personelle Besetzung angeht, unter der Kuratel der Regierung. Das Pressegesetz, das die Zeitungen, die Fernseh- und Radio-Anstalten der staatlichen Aufsicht unterwirft, wurde mit einigen Korrekturen versehen, die es dem Mehrheitschef Orbán erlaubten, die Präsidentschaft der Union ohne zu großes Protestgeheul zu übernehmen. Freilich drohten die großen internationalen Konzerne, ihr Engagement in Ungarn drastisch einzuschränken. Doch solange in Brüssel weder die Kommission noch das Parlament die Konzentration von Regierungs- und Medienmacht in der manikürten Hand von Ministerpräsident Berlusconi ohne Einspruch hinnehmen, kommt ihnen kaum das moralische Recht zu, die ungarischen Zustände allzu hart zu rügen.

Zwar hat die Mehrheitspartei in Budapest ein Gesetz eingebracht, das den Umgang mit den Roma nach rechtsstaatlichen Regeln ordnen soll: In Wirklichkeit aber ist diese geschundene Minderheit das Opfer täglicher Drangsalierung, und der Antisemitismus äußert sich mit einer Hemmungslosigkeit, die in der Tat an die düstere Epoche der nazistischen »Pfeilkreuzler« erinnert. Der Schutz von Minoritäten, ihrer Sprachen und ihrer Kulturen, bleibt eine der zentralen Aufgaben der Union (die sich darum kümmern könnten, warum sich die Deutschen so verbissen gegen die Anerkennung einer polnischen Minderheit auf dem Boden der Bundesrepublik sträuben.)

Nicht weniger, sondern mehr Europa

Es braucht in der Tat eine europäische Reform, und es braucht – anders als Hans Magnus Enzensberger meint – nicht weniger, sondern mehr Europa. Der Kommission und dem Parlament muss die Autorität zuerkannt werden, bei eklatanten Verstößen eines Mitgliedsstaates gegen die Rechtsnormen der westlichen Demokratien Korrekturen zu fordern, Sanktionen zu verhängen und im äußersten Fall den vorläufigen oder dauerhaften Ausschluss aus der Union zu verfügen. Das gleiche gilt für die Mitgliedsstaaten der Euro-Zone, die kein separates Parlament bilden muss, sondern ein beschlussfähiges, demokratisch legitimiertes Kontrollgremium aus den Abgeordneten der bestellten Völkervertretung in Straßburg formieren könnte: die Basis einer Art gemeinsamer Finanz- und Wirtschaftsregierung, die der Euro nun auch nach der Einsicht von Kanzlerin Merkel fordert.

Ferner sollte es zu den Aufgaben des permanenten Präsidenten gehören, Verstöße gegen die Menschenrechte beim Europäischen Gerichtshof einzuklagen, gleichwohl ob in Luxemburg oder beim Europarat in Straßburg. Man wünschte sich freilich einen Repräsentanten, der in der europäischen Öffentlichkeit sichtbarer ist als der überbescheidene Herman van Rompuy, dem aufgetragen werden müsste, eben diese Öffentlichkeit zu schaffen, die unsere Medien der Union noch immer verweigern, obschon sich bei der Bildung der letzten Kommission zum ersten Mal ein Interesse regte, das sich bisher ausschließlich den Kandidaten für die Ministerämter nationaler Regierungen zuwandte. Es wäre auch kein Schaden, wenn die Union durch eine Außenministerin vertreten wäre, die auch neben Hillary Clinton bemerkt würde.

Bei den Prozessen der fortschreitenden Konzentration gemeinsamer Aufgaben in Brüssel vollzieht sich nicht, wie Enzensberger behauptet, die »Entmündigung Europas«, sondern eine graduelle Entmündigung der Nationalstaaten, die sich in den gut 200 Jahren seit ihrer Begründung als unfähig erwiesen haben, eine Ordnung des Rechtes und des Friedens zu garantieren. Sie waren – ganz im Gegenteil – Ursache der schrecklichsten Vernichtungskriege der Menschheit und die stärksten Festungen der Regime der Rechtlosigkeit und der Unmenschlichkeit. Überdies ist ihr Anspruch, die sogenannte Souveränität zu hüten, angesichts der realen Machtverhältnisse in der Welt und der Verknüpfung der Interessen und Institutionen auf dem Kontinent ein pathetischer Scherz geworden – und in der Regel kein guter. Allein die Tatsache, dass die französischen Ermittlungsrichter nicht länger das Recht haben, einen Angeklagten auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren, ist Grund genug, den Europäischen Gerichtshof als letzte Instanz über den nationalen Verfassungsgerichten anzuerkennen.

Enzensberger vergaß in seiner Polemik (*Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas*) natürlich nicht, die bedeutendste Leistung des europäischen Zusammenschlusses in seinem Vorwort pflichtgemäß zu würdigen: die Garantie der längsten Epoche des Friedens in der Geschichte des Kontinentes (an dem freilich auch die Präsenz der amerikanischen Streitkräfte und der NATO ihren Anteil hat). Für seine intellektuellen Verhältnisse machte er sich's freilich zu billig, als er zum x-ten Male die Krümmungsgrade der europäischen Einheitsgurke als Beispiel für die bürokratische Regulierung des Alltags der EU-Bürger zitiert. Die Wucherungen der Verordnungswut sind offensichtlich. Nur sind sie keine krankhafte Besonderheit der europäischen Bürokratie. Er versäumte es, den Regulierungswahnsinn der nationalen Behörden zu untersuchen, die es nach wie vor schlimmer treiben als Brüssel (Es sei nur an die 1.500 deutschen Bauvorschriften erinnert!), freilich mit einem sehr viel größeren Aufwand an Personal. Er übersah auch, dass mehr als zwei Drittel der Direktiven von nationalen Regierungen angeregt werden, die allesamt um eine (nach ihren Begriffen) faire Angleichung der Wettbewerbsbedingungen auf dem gemeinsamen Markt bemüht sind.

Überdies: Die sogenannte Entmündigung der Nationalstaaten stärkt nicht nur die Brüsseler Institutionen, sondern auch die Regionen, zumal im notorisch

»Die Nationalstaaten haben sich in den gut 200 Jahren seit ihrer Begründung als unfähig erwiesen, eine Ordnung des Rechtes und des Friedens zu garantieren.«

überzentralisierten Frankreich. Die Dialektik dieses Prozesses ist Enzensberger entgangen. Europa sorgt für die innere Föderalisierung der Mitgliedsstaaten. Ein kluger, geschichtsbewusster Chefredakteur von *Le Monde* gelangte in einem geistreichen Essay zu der Einsicht, nun habe, 220 Jahre nach der Revolution, endlich die Fraktion der girondistischen Föderalisten über den Zentralismus der Jakobiner gesiegt.

Gefahr der deutschen Dominanz?

Die Deutschen können sich rühmen, dass ihr angestammter Föderalismus, den sie mit Bismarck und dem braunen Diktator zweimal (zu ihrem Unglück) verrieten, im vereinten Europa Schule gemacht hat. So schrieb Jürgen Habermas – nach Karl Jaspers der einzige unserer prominenten Philosophen, der sich für Europa engagierte – dass die »Wiederentdeckung des Nationalstaates« durch die »politisch-mediale Klasse« ein Grund dafür sein könnte, dass dem großen Projekt der Einigung Europas »die Luft ausgeht«. Fast die größere Gefahr: die wachsende »Selbstzentrierung« der deutschen Außenpolitik (mit lächerlichen und zugleich so bitteren Folgen). Sie spitze sich »immer stärker auf einen unverhohlenen Führungsanspruch eines »europäischen Deutschland in einem deutsch-geprägten Europa« zu«.

**»An einer deutschen
Dominanz würde Europa
zerbrechen.«**

An einer deutschen Dominanz würde Europa allerdings zerbrechen. Frankreich und Großbritannien, freilich auch Polen und Russland hätten der Wiedervereinigung niemals zugestimmt, hätte sich die Bundesrepublik nicht verpflichtet, die Einbindung in die Europäische Gemeinschaft zu stärken. Auch die Jüngeren sollten sich deutlich manchen, am besten Tag für Tag, dass die Einbindung des deutschen Kolosses, so schwach er damals gewesen sein mag, das Grundmotiv des europäischen Zusammenschlusses war (dies und der gemeinsame Schutz gegen die Übermacht der Sowjetunion). Die produktive Einbindung ist Europa und vor allem den Deutschen zum Glück geraten. Ein dominantes Deutschland sähe sich rasch zu einer elenden Isolation verurteilt, die für alle, die Deutschen selbst, und für ihre Nachbarn der Anfang neuen Unheils wäre. Daran hat sich nichts geändert. Die Chefs und Sprecher aller Parteien wären gut beraten, ihre Landsleute an diese Grundwahrheit zu erinnern. Die Einsicht in die Notwendigkeit könnte ein positives, ein produktives, vielleicht sogar begeistertes Engagement von neuem wecken.